



Wie weiter mit der Schulbauoffensive?



Der Senat hatte sich noch in der alten Legislatur zum Ziel gesetzt, die Schulinfrastruktur zu verbessern und hier die Investitionen in den Schulneubau und in die Schulsanierung erheblich mehr als in den Vorjahren zu erhöhen. Darum sollen in den Jahren 2017 bis 2026 insgesamt 5,5 Milliarden Euro für die Sanierung, den baulichen Unterhalt und den Neubau von Schulen bereitgestellt werden. In einem aufwändigen Verfahren, dem Gebäudescan, versuchten die bezirklichen Hochbau- und Schulämter herauszufinden, wie hoch eigentlich die Kosten für die Sanierung der einzelnen Schulstandorte sind. Dabei kamen sehr unterschiedliche Zahlen heraus: Der Senat hatte in einer Plausibilitätsprüfung die schwindelerregenden Zahlen aus den Bezirken meist wieder nach unten korrigiert. Maßnahmen wurden mit Prioritäten versehen. Hatte eine Schule die Priorität 1 für die Sanierung eines Gebäudeteils erhalten, so sollte diese Maßnahme möglichst schnell umgesetzt werden. Zum Sommer 2016 wurde von den Bezirken ein Sanierungsbedarf in Höhe von rund 4,5 Milliarden Euro genannt.

Im Ergebnis der Plausibilitätsprüfung betrug das Volumen einschließlich ungedeckter Sportanlagen und Freiflächen rund 3,9 Milliarden Euro.

Der Bezirk Treptow-Köpenick meldete 327.784.398,- Euro Gesamtkosten für die Beseitigung des Sanierungsstaus an. Der Bezirk Treptow-Köpenick hatte schon immer großen Wert darauf gelegt, seine Schulen sukzessive, im Rahmen vorhandener finanzieller Mittel, zu sanieren. Die so genannten „Großschadensfälle“ verteilen sich sehr unterschiedlich auf die Bezirke: So konzentrieren sich 23 Großschadensfälle auf die Bezirke Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf und Spandau.

Auch in unserem Bezirk ist während der Sanierungsphase an einigen Schulstandorten während der Planungs- und Bauphasen mit dem Ausfall von Schulkapazitäten temporär zu rechnen. Wir steuern gegen, indem wir Klassenraumcontainer aufstellen, die die größte Not lindern sollen.

Im Hinblick auf die erheblich steigenden Schülerzahlen in unserem Bezirk habe ich Sorge, dass wir sowohl im Grundschul- als auch im Oberschulbe-

reich nicht mehr ausreichend Schulplätze anbieten können. Die Situation stellt sich wie folgt dar:

Von den zukünftigen Siebentklässlern mussten am Ende dieses Schuljahres über 80 Schülerinnen und Schüler aus unserem Bezirk zunächst ein Schulplatzangebot in einem anderen Bezirk erhalten, sechs von ihnen davon mit einem Schulweg von mehr als einer Stunde. Zirka 300 Schülerinnen und Schüler wohnen nicht in unserem Bezirk, durften sich jedoch mit ihrer Förderprognose in Treptow-Köpenick bewerben und hatten damit Erfolg. Ich befürchte, dass sich diese Lage auf Grund des starken Bevölkerungswachstums in den Folgejahren dramatisch verschärfen wird. In meinen Bürgersprechstunden haben mich zahlreiche verzweifelte Eltern aufgesucht und um Rat gefragt. Die Situation belastet alle Beteiligten sehr. Die pädagogischen Konzepte der einzelnen Schulen geraten ins Wanken, weil auf Grund der Kapazitätserweiterung an vielen Schulstandorten Ideen und Visionen nicht oder nur teilweise umgesetzt werden können. Den Eltern wird jedoch suggeriert, dass sie sich eine Schule mit einem bestimmten Profil für ihr Kind aussuchen können. Leider ist das zum großen Teil nicht so.

Im Grundschulbereich kommt noch die Forderung „Kurze Beine – kurze Wege“ dazu. Auch hier stehen wir vor enormen Herausforderungen an vielen Schulstandorten.

Die Stadt reagiert: Mit der Etablierung einer gemeinsamen Geschäftsstelle und der Einrichtung von drei regionalen Verbänden will Berlin die überbezirkliche Zusammenarbeit stärken und eine bessere Koordination bei der Schulsanierung erreichen. So übernimmt der

Regionalverbund Nordwest mit den Bezirken Mitte, Charlottenburg-Wilmersdorf, Spandau und Reinickendorf das Schwerpunktthema „Baufachliche Standards“.

Der Regionalverbund Südwest mit den Bezirken Steglitz-Zehlendorf, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln bearbeitet das Schwerpunktthema „Datenmanagement“. Der Regionalverbund Ost mit den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow, Treptow-Köpenick, Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg hat sich die Typenbauweise zum Schwerpunkt gesetzt.

Ob die Berliner Schulbauoffensive rechtzeitig greift, muss in Anbetracht der wachsenden Nachfrage an Schulplätzen in unserem Bezirk bezweifelt werden. Gut zu funktionieren scheint die Errichtung sogenannter Modularer Ergänzungsbauten (MEB) durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen, die die größte Not vor allem im Grundschulbereich an einigen Standorten lindert. Diese vollfunktionsfähigen Gebäude bieten neben der notwendigen Barrierefreiheit auch moderne Räume und Sanitäreinrichtungen an. Für andere Schulen können solche kurzfristigen Lösungen jedoch nicht realisiert werden.

Treptow-Köpenick ist ein schnell wachsender Bezirk. Hier werden viele Wohnungsbauvorhaben realisiert. Doch muss auch die soziale Infrastruktur Berücksichtigung finden. Es ist Eltern im flächengrößten Bezirk kaum vermittelbar, dass sie für ihr Kind keinen Ober- oder Schulplatz im Bezirk erhalten können, zumal die Schulwege hier schon länger sind als in den Innenstadtbezirken.

von Cornelia Flader, Bezirksstadträtin für Weiterbildung, Schule, Kultur und Sport

Ausstattung der Schulhausmeisterinnen und Schulhausmeister

Schulhausmeisterinnen und Schulhausmeister kümmern sich handwerklich um Gebäude und Liegenschaft und liefern dem Schulträger wertvolle Bestandsdaten für die Erfüllung seiner Aufgaben. Dafür waren sie in unserem Bezirk in den letzten Jahren viel zu oft unzureichend ausgerüstet.

Schulhausmeisterinnen und Schulhausmeister kamen in meine für das Personal eingerichtete Dezernentensprechstunde und baten hier um Unterstützung. Sie erzählten davon, dass sie in ihren Schulen mit hohem und sehr persönlichem Engagement tätig sind, sie aber das Gefühl hätten, dass ihre



Arbeit nicht immer die Wertschätzung erhält, die sie eigentlich verdienen. Und obwohl vom Schulträger mit einem Mobiltelefon ausgestattet, verwendeten sie lieber ihr privates Smartphone, weil das vom Arbeitgeber gestellte Gerät, mit dem sie noch nicht einmal Fotos von Schäden an den Schulträger oder be-

auftragte Firmen übermitteln konnten, uralt und unzuverlässig geworden sei. Die Ausstattung für Schulhausmeisterinnen und Schulhausmeister ist von Bezirk zu Bezirk höchst unterschiedlich geregelt. Darum ist es zwingend notwendig, dass die Schulträger für die Beschaffung angemessener, handwerklicher Arbeitsmittel einen Verfügungsetat sowie für eine geeignete und funktionale IT-Ausstattung die erforderlichen finanziellen Mittel vom Senat zur Verfügung gestellt bekommen. Mittlerweile hat sich das Schulamt deshalb entschlossen, die Schulhausmeister noch in diesem Jahr zunächst mit

dienstlichen Email-Adressen und Smartphones auszustatten. Weitere Lücken in der Dienst- und Amtsausstattung sollen identifiziert und geschlossen werden. Ich habe unsere Schulhausmeisterinnen und Schulhausmeister als hochmotivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennengelernt, die eine Wertschätzung ihrer Arbeit verdient haben. Ich sehe mich deshalb auch als Bezirksstadträtin in der Pflicht, meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre Tätigkeit zu stärken und im Rahmen unserer Möglichkeiten gut auszustatten.

von Cornelia Flader, Bezirksstadträtin

Wohnungsmangel und Neubau – in Treptow-Nord entwickelt sich etwas

Berlin wächst. Seit 2010 sind die Zahlen der Zuzügler nach Berlin größer als die Zahl der Wegzügler. Derzeit heißt das, dass Berlin jährlich um ca. 40.000 Menschen wächst. Berlin wird also jedes Jahr um einen Kiez größer, ohne dass die Stadt an Fläche gewinnt. Was das bedeutet, ist nun beobachtbar. Denn auch diese 40.000 Menschen wollen eine Wohnung sowie die nötige städtische Infrastruktur wie Schulen, Kitas, Nahverkehr, gute Straßen nutzen und suchen sich dafür bereits gut funktionierende attraktive Kieze. Dafür sind sie auch bereit, mehr Geld für die Miete oder den Kauf einer Wohnung aufzubringen. Mit der gescheiterten Bebauung des Tempelhofer Feldes hat Berlin die Chance vertan, im großen Stil Wohnungen außerhalb der bestehenden Kieze zu schaffen und den Zuzüglern damit ein Angebot zu machen. Denn nur mit Neubau ist es möglich ein bezahlbares Preisniveau zu halten. Nun müssen wir damit leben, dass Neuberliner zu Nachbarn in unseren Kiezen werden und das sie damit natürlich auch Veränderung mitbringen. Was diese Veränderung in Alt-Treptow bedeutet, möchte ich im Folgenden erläutern.

Mit dem Projekt Hotel und Wohnen an der Spree haben wir uns als CDU-Fraktion Treptow-Köpenick für ein Projekt gelungener Stadtplanung eingesetzt. Geplant sind hier zwei Wohntürme (90 m und 110 m) sowie ein 60 Meter hoher Hotelurm mit um die 200 Zimmer und ein öffentliches Restaurant. Gebaut wird in der Fanny-Zobel-Straße zwischen dem Treptowers-Areal mit dem Allianzurm auf der einen Seite und der Arena-Treptow auf der anderen Seite. Diese Mischung aus Wohnen und Hotel ergänzt das Areal und schließt eine Lücke am Uferstreifen der alten Industrietrache. Der Mehrwert für Alt-Trep-



In der Nähe der Treptowers entsteht unter anderem ein neues Wohnquartier.

tow steckt im Detail. Neben dem Wohnraum der geschaffen wird, wird aus privatwirtschaftlicher Tasche ein 3000 m² großer Bürgerpark gestaltet, der Uferweg entlang der Spree um drei Meter verbreitert und in Kooperation mit dem Historischen Hafen Berlin der alte Zollsteg aus DDR-Zeiten saniert und so hergerichtet, dass er künftig als Museumshafen Berlin zusätzlich der Sammlung historischer Schiffe eine Heimat bieten kann. Zudem wird sich auf dem Steg Platz für ein Museum zur Mauer in diesem Bereich, sowie für mehrere Restaurants finden. Auch eine Anlegestelle für die Ausflugsschiffahrt und für Frei-

zeitkapitäne ist vorgesehen. Das alles konnten weder Stadt noch Bezirk leisten, diesen bisher verfallenen Uferstreifen für alle attraktiv zu gestalten, ein neues Zentrum zu etablieren und dabei Wohnraum zu schaffen. Zum Ausgleich dafür, dass an diesem Standort keine mietpreisgebundenen Wohnungen errichtet werden, da das Projekt aus der Zeit vor der gesetzlichen Verpflichtung zur Schaffung dieses Wohnraums stammt, hat sich der Investor trotzdem in einem städtebaulichen Vertrag verpflichtet, an anderer Stelle im Kiez mietpreisgebundene Wohnungen zu bauen. Ohne die harte Auseinanderset-

zung in der BVV und dem Suchen von Kompromissen mit dem Investor wäre es nicht möglich gewesen, Wohnraum an dieser Stelle zu schaffen. Denn dort hätten auch jederzeit liebevolle Bürohochhäuser errichtet werden können. So ist es als ein Erfolg für unsere Fraktion zu sehen, dass dieses Projekt, zusammen mit dem Museumshafen und den mietpreisgebundenen Wohnungen an anderer Stelle im Kiez, nun einen Beitrag leistet zur Entlastung der Situation auf dem Wohnungsmarkt auch besonders in Alt-Treptow.

von Dustin Hoffmann, Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

Die Geschichte einer Straßenumbenennung in Bohnsdorf



In Bohnsdorf wird der Weg der ehemaligen Gleisanlage zwischen der Parchwitzer Straße und dem Siebweg schon seit einiger Zeit als Zufahrt zu Grundstücken genutzt. Vor Kurzem hat das Tiefbauamt nun diesen Weg als öffentliches Straßenland gewidmet und ihn mit „Weg“ bezeichnet. Diese Namensgebung gefiel den Anwohnern nicht so richtig und sie wandten sich

mit einem Hilfersuchen an die CDU-Fraktion Treptow-Köpenick.

Aus der Anwohnerschaft kam der Vorschlag ihren Weg vielleicht auch nach einem schlesischen Ort zu benennen, da im angrenzenden Siedlungsgebiet viele Straßen nach ehemaligen schlesischen Orten benannt sind.

Als wir im zuständigen Ausschuss für Weiterbildung und Kultur diese Möglichkeit einer Namensgebung vorstellten, war an der Reaktion der übrigen Partei klar, dass wir für die Benennung nach einem schlesischen Ort keine Mehrheit erhalten würden. Bei einer weiteren Beratung mit den Anwohnern fiel dann der Name Hedwig von Andechs.

Hedwig von Andechs wurde um das Jahr 1174 auf Schloss Andechs am Ammersee geboren und wurde mit zwölf Jahren mit Herzog Heinrich I. von

Schlesien vermählt. Im Jahr 1203 gründete ihr Ehemann, unterstützt durch seine Gemahlin, das erste Frauenkloster auf schlesischem Boden. Nach dem Tod ihres Mannes im Jahr 1238 und ihres letzten Kindes, Heinrich II., im Jahr 1241 zog sie sich in das Kloster Trebnitz nördlich von Breslau zurück, wo sie im Oktober 1243 starb.

Die polnischen Bischöfe sagten 1965 über die Heilige Hedwig: „Sie ist im 13. Jahrhundert die größte Wohltäterin des polnischen Volkes in den damaligen Westgebieten des Piastenpolens, in Schlesien, geworden“. Papst Johannes Paul II. bezeichnete sie bei einer Predigt in Breslau als „eine Grenzgestalt, die zwei Nationen miteinander verbindet: die deutsche und die polnische Nation“.

In der heutigen Zeit erschien uns deshalb die Ehrung von Hedwig von An-

dechs im Umfeld des Siedlungsgebietes Bohnsdorf mit den vielen Straßen, die nach schlesischen Orten benannt sind, passend. Zumal die 1898 vom königlichen Gartenbaudirektor Max Buntzel errichtete schlossähnliche Villa in Bohnsdorf seit 1924 im Besitz des katholischen St.-Hedwig-Krankenhauses ist und diese Klinik unter Einbeziehung der Villa das Krankenhaus Hedwigshöhe – benannt nach der Heiligen Hedwig, Herzogin von Schlesien – errichten lies. Der Antrag der CDU-Fraktion, den Weg in Hedwig-von-Andechs-Weg umzubenennen, ist dann in der Bezirksverordnetenversammlung vom 17. Mai 2018 einstimmig beschlossen worden. Über den Vollzug der Benennung wird dann in einer der nächsten Ausgaben zu berichten sein.

von Wolfgang Knack, Vorsitzender der CDU-Fraktion

Tempo 30 in beiden Fahrtrichtungen am Fußgängerüberweg Waltersdorfer Straße



Auf der Waltersdorfer Straße Ecke Elsterstraße befindet sich ein Fußgängerüberweg. Dieser ist beleuchtet und die Einsicht ist gut. Stadtauswärts galt bisher Tempo 50 und stadteinwärts wegen einer leichten Kurve nur Tempo 30. Vor dem Bau der Querungshilfe im Jahre 2009 sind dort bis zu 550 Kraftfahrzeuge sowie 38 Fußgänger pro Stunde gezählt worden und auch heute ist noch ein hohes Verkehrsaufkommen

wahrnehmbar. Auf der westlichen Seite der Waltersdorfer Straße Ecke Krumestraße befindet sich der einzige Supermarkt in näherer Umgebung. Am Abend des 12. März 2018 ist auf diesem Fußgängerüberweg ein 22-jähriger Fußgänger bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Nach den veröffentlichten Angaben der Polizei überquerte der Mann die Waltersdorfer Straße auf dem „Zebrastreifen“ bei schlechter Witterung und wurde von

einem Auto erfasst. Der Mann wurde gegen ein geparktes Auto geschleudert und verstarb noch am Unfallort.

Unabhängig von den Ergebnissen der Ermittlung weiterer Einzelheiten zu den konkreten Ursachen dieses Unfalls zeigt sich, dass auch in Fahrtrichtung Stadtgrenze eine erhöhte Aufmerksamkeit der motorisierten Verkehrsteilnehmer für den Fußgängerüberweg erforderlich ist.

So kam es in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vom 12. April 2018 zu einem Antrag der SPD-Fraktion an diesem Fußgängerüberweg eine dauerhafte Lichtzeichenanlage zu errichten. Da die Anordnung und der Bau einer Ampelanlage längere Zeit in Anspruch nimmt, forderte die CDU-Fraktion mit einem Antrag in der gleichen Sitzung der BVV, den Tempo-30-Abschnitt auch auf der anderen Seite des Überweges einzurichten. Beide Anträge wurden zur Beratung in den Ausschuss für Tiefbau und Ordnungsangelegenheiten überwiesen. Am 14. Juni 2018 wurden beide Anträge dann in der BVV beschlossen.

Seit ein paar Wochen sind inzwischen die Schilder „Fußgängerüberweg“ und

„zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h“ vor dem Überweg in Fahrtrichtung Stadtgrenze angebracht. An dieser Stelle möchte ich meinen Dank an das Tiefbauamt aussprechen, das in diesem Fall sehr schnell reagiert hat. Ob oder wann eine Lichtzeichenanlage folgt bleibt abzuwarten.

Zum Schluss möchte ich die Gelegenheit nutzen und noch einige Missverständnisse in Bezug auf die Anbringung der Schilder aufklären. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung ist ein Streckenverbot. In unserem Fall wurde das Streckenverbotszeichen „zulässige Höchstgeschwindigkeit 30 km/h“ angebracht. Das Streckenverbot endet in der Waltersdorfer Straße nach dem Fußgängerüberweg, nämlich durch das Ende der angezeigten Gefahr. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung wird niemals allein durch eine Kreuzung oder Einmündung beendet. Auch sind die Schilder in der angemessenen Entfernung vom Fußgängerüberweg, in geschlossenen Ortschaften beträgt diese im Allgemeinen 150 bis 250 Meter vor der Gefahrenstelle, angebracht.

von Wolfgang Knack

Wenn jemand eine Frage hat...

Dann wird heutzutage zumeist gegoogelt. Viel sinnvoller ist es allerdings auch heute noch, dass man sich einen direkten Ansprechpartner sucht. Für Fragen rund um Entwicklungen in Treptow-Köpenick bietet es sich da an, ein Bürgerbüro der Abgeordneten oder Verordneten aufzusuchen.

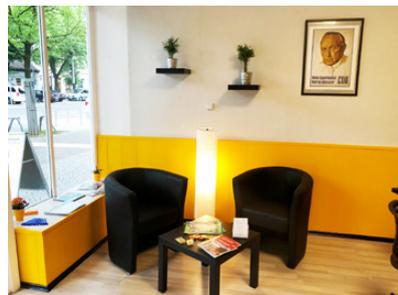
von „Miteinander in Treptow-Köpenick – Zeitung der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Treptow-Köpenick“ hat ihn dort besucht und nachgefragt:

Redaktion: Herr Korbus, Ihr Bürgerbüro gibt es inzwischen schon seit ca. drei Monaten. Wie wird es angenommen?

Ralph Korbus: Es ist ja für mich das erste Mal gewesen, dass ich ein Bürgerbüro eröffnet habe. Von Mitgliedern des Abgeordnetenhaus oder Bundestages kennt man ja die Bürgerbüros. Allerdings ist mir berlinweit nicht bekannt, dass es weitere Bezirksverordnete gibt, die ebenfalls ein eigenes Büro haben. Insofern war es ein Experiment. Und ich muss sagen: Es funktioniert. Mein Bürgerbüro wird sehr gut angenommen.

Redaktion: Und mit welchen Anliegen kommen die Menschen zu Ihnen? Stehen Sie nicht zu oft vor dem Problem, dass thematisch eher das Abgeordnetenhaus oder der Bundestag zuständig ist?

Ralph Korbus: Ja, das kommt auch vor. Allerdings können die Leute oft schon unterscheiden oder fragen einfach nach, ob manche Dinge im Bezirk gelöst werden können. Beispielsweise konnte ich auf Nachfrage, was für die Entwicklung der Bölschestraße geplant ist, aus dem zuständigen Ausschuss im Bezirk berichten. Oder ich habe Themen mit in die Ausschuss-Sitzungen



genommen und nachgefragt. Die meisten Themen sind aber auch tatsächlich kiezbezogen, z.B. zur Filialschließung der Postbank, was auf dem Vorplatz am Südausgang vom S-Bhf. Friedrichshagen passieren soll, dann ging es um die Ampelanlage Bölschestraße Ecke Fürstenwalder Damm oder auch der Nachpflanzung von gefällten Bäumen.

Redaktion: Herr Korbus, vielen Dank für den kurzen Eindruck von Ihrer Arbeit in Ihrem Bürgerbüro. Nun interessiert unsere Leser sicherlich noch: Wann ist es immer geöffnet? Wie kann man Sie erreichen?

Ralph Korbus: Geöffnet ist das Bürgerbüro immer Montag und Dienstag von 11 Uhr bis 13 Uhr, Donnerstag und Freitag von 17 Uhr bis 19 Uhr oder nach Rücksprache unter 0162 – 45 51 969 bzw. bvv@rkorbus.de.

Redaktion: Vielen Dank für das Gespräch.

Ralph Korbus: Sehr gerne. Ich freue mich auf die nächsten Gespräche in meinem Bürgerbüro.



So, wie es erfreulich viele in der Bölschestraße bereits gemacht haben. Seit dem letzten Bölchefest gibt es dort auch das Bürgerbüro des Bezirksverordneten Ralph Korbus. Die Redaktion



Bürgersprechstunde

jeden letzten Freitag im Monat
von 17 bis 18:30 Uhr

und nach Absprache

Bürgerbüro
Bölschestraße 90, 12587 Berlin

Kontakt:
E-Mail: bvv@rkorbus.de
Tel.: 0162-4551969



Ralph Korbus

Bezirksverordneter für Treptow-Köpenick

Ihre Ansprechpartner der CDU-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick



Wolfgang Knack,

Fraktionsvorsitzender und bildungs-, kultur- und integrationspolitischer Sprecher, stellv. Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses.

E-Mail: wolfgang.knack@t-online.de



Ralph Korbus,

stellv. Fraktionsvorsitzender und stadtentwicklungs- und baupolitischer Sprecher.

E-Mail: bvv@rkorbus.de



Sascha Lawrenz,

stellv. Fraktionsvorsitzender und jugendpolitischer Sprecher.

E-Mail: sascha.lawrenz@gmx.de



Dustin Hoffmann,

Fraktionsschatzmeister und wirtschafts- und schulpolitischer Sprecher, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Bürgerdienste.

E-Mail: dustin.hoffmann124@googlemail.com



Markus Föhrenbach,

ordnungs- und sportpolitischer Sprecher, Vorsitzender des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden.

E-Mail: foehre1@aol.com



Martin Hinz,

umwelt- und sozialpolitischer Sprecher, stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Gleichstellung und gesellschaftliche Vielfalt.

E-Mail: martinhinz_bvv@gmx.de



Michael Vogel,

haushaltspolitischer Sprecher.

E-Mail: mvberlin.cdu@googlemail.com



Miteinander für Treptow - Köpenick



Unsere Bezirksstadträtin in Treptow-Köpenick



Cornelia Flader

Bezirksstadträtin für die Abteilung Weiterbildung, Schule, Kultur und Sport

Kontakt:

cornelia.flader@ba-tk.berlin.de
Tel. 030-90297-4271

✓ Endlich hört mal jemand zu!

- Meine Anregung für unseren Bezirk:

- Das bringt mich auf die Palme:

- Bitte senden Sie mir Informationsmaterial.
- Ich muss mehr loswerden. Wann ist die nächste CDU-Bürgersprechstunde?

Vorname, Name _____

Straße, PLZ Ort _____

Telefon/Fax/eMail _____

CDU-Fraktion Treptow-Köpenick · Telefon / Fax / Anrufbeantworter: 030. 5 33 77 25
eMail: info@cdu-fraktion-tk.de · WEB: www.cdu-fraktion-tk.de

Fraktion der CDU
in der BVV Treptow-Köpenick
Rathaus Treptow
Neue Krugallee 4
12435 Berlin